

## Vortrag

### des Regierungsrates zu Handen des Grossen Rates

#### betreffend Bewilligung eines Nachkredites im Zusammenhang mit den Personalkosten der Steuerrekurskommission

---

#### 1. Gegenstand

Das Controlling des Amtes für Betriebswirtschaft und Aufsicht der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) zeigt auf, dass der Budgetkredit auf der Kontengruppe 304 (Personalversicherungsbeiträge) bzw. auf dem Konto 304000 (Arbeitgeberbeiträge an die Bernische Pensionskasse) nicht ausreichen wird. Die Verdiensterhöhungsbeiträge auf dem Konto 304000 fielen höher aus, als sie budgetiert wurden. Dies ist unter anderem darauf zurück zu führen, dass die Verwaltungskommission der Bernischen Pensionskasse (BPK) Ende August 2009 entschieden hat, an der Senkung des technischen Zinssatzes von 4,0 auf 3,5 Prozent festzuhalten. Dies bedingt eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge um 2,2 Prozent. Daher wurde beschlossen, per 1. Januar 2010 die Beiträge für die Versicherten um 0,8 Prozent und jene für die Arbeitgeber um 1,4 Prozent zu erhöhen. Der Regierungsrat hat diesem Vorgehen mit Beschluss Nr. 2052/2009 vom 2. Dezember 2009 zugestimmt. Diese Erhöhung war für 2010 nicht budgetiert und belastet das Konto 304000. Weiter wurde die Kontengruppe 304 durch den Budgetkorrekturfaktor von 2.0 % (CHF 2'463.00) belastet.

Die Kompensation wird betriebsintern auf dem Konto 300100 (Vergütung an Behörden und Kommissionen) vorgenommen. Dieses Konto ist nicht vollständig ausgeschöpft worden, weil im Jahr 2010 weniger Kommissionssitzungen als angenommen durchgeführt wurden.

#### 2. Rechtsgrundlage

- Artikel 43, 47, 48 Abs. 1 Bst. a, 57, 85 FLG
- Artikel 4 Dekret über die Besondere Rechnung der Gerichtsbehörden
- Artikel 106 Absatz 1, 108 GOG
- Artikel 11 OrV JGK.

#### 3. Konti und Kreditsummen und Einsparung

IDB-Nr.	Kontobezeichnung	Voranschlagskredit CHF	Nachkredit CHF	Kompensation CHF
1079 STRK	Personalversicherungsbeiträge (304)	132'364.00	27'105.95	
1079 STRK	Vergütung an Behörden und Kommissionen (300100)			27'105.95

#### 4. Kreditart und Jahr

Nachkredit für das Jahr 2010.

**5. Mitbericht der Finanzdirektion**

Die Finanzdirektion hat dem vorliegenden Nachkreditgeschäft zugestimmt.

**6. Auswirkungen auf die Volkswirtschaft**

Keine.

**7. Auswirkungen auf die Gemeinden**

Keine.

**8. Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, dem Nachkredit zuzustimmen.

Allfällige Rückfragen zu diesem Geschäft sind an Herrn Simon Liechti, Vorsteher Abteilung Personal und Logistik JGK, Tel. 031 633 76 12, zu richten.

Der Justiz-, Gemeinde- und  
Kirchendirektor

Christoph Neuhaus, Regierungsrat

Bern, 27. Januar 2011